

Am 28.3.2012 trafen sich im Abgeordnetenhaus 45 TeilnehmerInnen zu unserem Fachgespräch "Demografischer Wandel und Gender - ein blinder Fleck?".

Ausgangspunkt der Diskussion waren die Ergebnisse der Konferenz im Jahre 2007 der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin zum Demografischen Wandel und das im Juni 2009 verabschiedete Demografiekonzept des Senates für Berlin.

Im Demografiekonzept werden vier Handlungsfelder abgeleitet, die die Schwerpunkte der Politikbereiche untersetzen sollen. Dieses Herangehen ermöglicht erstmals ressortübergreifende Handlungsfelder im Zusammenhang zu betrachten. Innerhalb jedes Handlungsfelds wurden strategische Ziele verfolgt, die sich aus den Herausforderungen ableiten und den Rahmen für die schwerpunktmäßig verfolgten Ansätze bilden:

Dazu gehören:

Kreative und wirtschaftlich erfolgreiche Stadt

Jugend, Kinder und Familien in der Stadt

Weltoffene und soziale Stadt

Langes Leben in der Stadt

In allen Handlungsbereichen setzt Berlin auf vier grundlegende Prinzipien:

Die umfassende Qualifizierung der Stadtgesellschaft sowie der baulich-räumlichen Strukturen.

Die Sozialraumorientierung als zentrales Arbeitsprinzip, das heißt die fachübergreifende Orientierung des politischen und planerischen Handelns und die Bündelung von Kompetenzen und Ressourcen.

Die besondere Berücksichtigung des Gender Mainstreaming.

Die Aktivierung und Vernetzung von Fachleuten und Bürgerschaft.

Im Jahr 2012 will der Senat von Berlin einen Bericht über die Umsetzung des Demografiekonzepts erarbeiten. Wir sahen in der Vorbereitung des Berichts die Notwendigkeit, die Frage nach der Gender gerechten Umsetzung des Konzepts zu stellen. An diesem Fachgespräch waren nachstehende VertreterInnen beteiligt:

- Herr Dr. J. Hücke, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz  
Vortrag pdf-Datei ....
- Frau Kornelia Duwe , Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen
- Frau Christiane Droste - [gender+](#) - Netzwerk für Training, Beratung und Forschung  
Vortrag pdf-Datei...
- Frau Dr. Eva Schulze - Leiterin des Berliner Instituts für Sozialforschung GmbH  
Vortrag pdf-Datei...
- der Frauenpolitische Sprecher der Fraktion der Piraten Partei  
Beide nachstehende Vertreterinnen mussten früher dieses Gespräch verlassen und konnten deshalb ihre Gedanken nicht vortragen.
- Frau Dr. Ina Czyborra, Frauenpolitische Sprecherin der Fraktion der SPD
- Frau Anja Kofbinger, Frauen- und Lesbenpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Demirbüken-Wegner, Staatssekretärin der Senatsverwaltung Gesundheit und Soziales, war angekündigt, fehlte aber ohne Begründung.

Die Moderation hatte freundlicher Weise Frau Dr. Ulla Regenhard, COCOTRAIN, Organisationsberatung mit Genderkompetenz übernommen.

Schwerpunkte der Diskussion zu den Beiträgen der SenatsvertreterInnen und der Expertinnen waren:

Es gibt lt. Mikrozensus Land Berlin 2010 folgende Lebensformen von Familien mit Kindern in Berlin:

- 36 % Ehepaare
- 12 % Lebensgemeinschaften
- 52 % Alleinerziehende

Einschätzungen zur Kinderbetreuung lt. Familienbericht des Senats 2011 gehen davon aus, dass 67 % der Kinderbetreuungseinrichtungen nicht vor 7.30 Uhr geöffnet sind, dass die Betreuung über Mittag bei 90 % gesichert ist, dass nur 4 % der Einrichtungen nach 18.00 Uhr geöffnet haben, dass nur 33 % während der Ferienzeit geöffnet haben, dass nur 1 % der Einrichtungen am Samstag Kinder betreuen. Bei der hohen Anzahl Alleinerziehender sind die genannten Zahlen bei weitem nicht ausreichend und müssen durch andere Angebote, wie ehrenamtliche Großeltdienste, Einrichtung von weiteren Betriebskindergärten (z.Zt. nur 9 %), familienfreundliche Arbeitszeiten, flexible Betreuungsdienste ergänzt werden. Dies sind auch Kriterien zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Es gibt weiter hin das Vereinbarkeitsproblem – Frau dreifach betroffen als Mutter, Ehefrau oder Lebenspartnerin und Pflegende.

Es wurde nachgefragt, wie sich die Lebensrealitäten von Frauen und Männern unterschiedlich in den Konzepten und Aufgaben widerspiegeln?

Z.Zt. wird von Sen.verwaltung Ges. u. Soziales ein Pflegeplan 2012 mit der Untersetzung von gleichstellungspolitischen Aspekten erarbeitet, hier muss die zuständige Senatsverwaltung angefragt werden, wann der Plan vorliegt.

Im Rahmen des GPR (Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm 2008-2011) laufen 30 Referenzprojekte im gesamten Senat, die aber nicht extra finanziert werden, sondern wo bei der Bearbeitung und Abrechnung die Gender sensiblen Daten abgefordert werden, da im Rahmen der Konzeption des Demografischer Wandels keine zusätzlichen Gelder bereitgestellt wurden.

Vermittlung von Gender Kompetenz für die Verwaltung ist dringend erforderlich, wird auch nachgefragt, aber es gibt ein viel zu kleines Budget.

Veränderung findet in erster Linie bei der Darstellung der Rollenbilder von Mann und Frau statt, z.B. bereits in den Kitas - Gender sensible Bildung bieten.

Auch Veränderungen in der Arbeitskultur, z.B. Arbeitszeiten, Freistellung von Vätern für die Elternzeit sind notwendig.

Die Darstellung des genossenschaftlichen Wohnens als selbst bestimmte Wohn- und Lebensform ist unbedingt auch in den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften fortzuführen. Dieses Projekt, was im Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm gefördert wurde, ist es wert, unbedingt vervielfacht zu werden, weil hier zwei Aufgaben gelöst werden, die in Hinsicht des Demografischen Wandels wichtig sind:

1. die Vielfalt von Lebens- und Wohnformen zu fördern und
2. dass eine Qualitätssicherung durch Gender Mainstreaming erreicht wird

Das Bild von alten Frauen und Männern fehlt in der Öffentlichkeit fast völlig, auch muss in Berlin die einseitige Orientierung bei der Pflege von alten Menschen auf die Familie sofort in die Verantwortung der Öffentlichen Hand zurückgenommen werden, damit klar erkennbar ist, dass in Berlin etwas getan werden muss, um die zukünftigen Aufgaben bei der Bewältigung des Demografischen Wandels erfolgreich zu gestalten. Seit der Einführung der Pflegeversicherung 2005 haben sich die Kommunen bundesweit aus dem Nachdenken über geeignete Wohnformen für Ältere Menschen und die Förderung weitestgehend zurückgezogen.

Es müssen weitere altersgerechte Wohnungsgemeinschaften entstehen, die den Lebensrealitäten von Frauen und Männern entsprechen. Dies ist auch eine Forderung an die neu zu bauenden Wohnungen des Wohnungsbaus in Berlin (30 T).

Die Wohnungssituation für Sozialschwache in Berlin ist sehr kritisch, weil billiger Wohnraum nicht zur Verfügung steht. Es müssen soziale Unterstützungsformen oder günstige Wohnungen gebaut werden. Dazu bedarf es eigentlich eines Förderprogramms.

Im Rahmen des Vorstellens der Gender-Perspektive zur Bevölkerungsprognose wurde ausgeführt, dass

- Frauen in der Altergruppe 80+ heute und künftig überproportional vertreten sind,
- Altersarmutsproblematik dürfte mittelfristig bedeutsamer werden,
- „Remanenzeffekte“ beim Wohnen im Alter bestehen,
- Ältere Frauen von der Problematik nachfragebedingter Mietsteigerungen „dreifachbetroffen“ sind.

Beim letzten Punkt gab es eine Nachfrage an Hr. Dr. Hucke zu seiner Aussage, dass das Thema „Dreifachbetroffenheit von Frauen“ Frauen hinsichtlich der Bedrohung ihrer Wohnsituation in gewissem Sinne tabuisiert werde, weil man nicht recht wüsste, wie mit dem Ergebnis einer detaillierten Analyse umzugehen wäre. Wenn diese Aussage stimmt, dann ist es höchste Zeit, dass es eine detaillierte Analyse gibt, weil es dann wahrscheinlich nicht nur für alte Frauen zutrifft. Dies scheint also bekannt zu sein, aber es wird nicht weiter darüber nachgedacht, weil es zu problematisch ist.

Abschließend kann eingeschätzt werden, dass das Thema „Demografischer Wandel und Gender“ kein blinder Fleck mehr ist, aber die politischen Parteien und die unterschiedlichen Senatsbereiche den Umgang mit dem Thema öffentlich diskutieren müssten.

Der demografische Wandel ist ein Problemfeld von deren Lösung die weitere Zukunft unserer Gesellschaft abhängt. Die zentralen politischen Handlungsfelder bezogen auf den demografischen Wandel sind weitgehend identisch mit den zentralen Schwerpunkten für die Herstellung von mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Stadt. Es sind beides Querschnittsaufgaben, die bei der Entwicklung von Berlin stärker bedacht werden und deshalb eine größere Rolle in der Diskussion spielen sollten.

Die Veranstalterinnen werden weiter in bestimmten Zeitabständen an dem Thema arbeiten. Der nächste Termin wäre dann der Bericht des Senates zur Umsetzung des Konzeptes zum Demografischen Wandel im Jahre 2012.

Alle Frauenpolitischen SprecherInnen wurden gebeten, einen Beitrag für die web-site zur Verfügung zu stellen.

Christel Wietusch